

Fragen

für die Fragestunde der 169. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 1. Juli 2020

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	47, 48	Jung, Christian, Dr. (FDP)	34, 71
Amtsberg, Luise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46, 57	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 61
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 67	Kindler, Sven-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	79, 80
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 45	Köhler, Lukas, Dr. (FDP)	12, 13
Brandner, Stephan (AfD)	1, 2	Konrad, Carina (FDP)	6, 9
Busen, Karlheinz (FDP)	11, 74	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 17
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	58, 59	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	4, 5
De Masi, Fabio (DIE LINKE.)	27, 28	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 68
Friesen, Anton, Dr. (AfD)	50, 70	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 41
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	82, 83	Künast, Renate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 26	Luksic, Oliver (FDP)	84, 85
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	86, 87	Meiser, Pascal (DIE LINKE.)	64, 65
Gremmels, Timon (SPD)	62, 63	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	55, 56
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	60	Özdemir, Mahmut (Duisburg) (SPD)	66
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	37, 38	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	43, 44
Herbst, Torsten (FDP)	7, 81	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	8, 23	Renner, Martina (DIE LINKE.)	72, 73
Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 22	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	51, 52
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	39, 53	Schäffler, Frank (FDP)	30, 31
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	49, 54		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 36	Ullmann, Andrew, Dr. (FDP)	77, 78
Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	75, 76	Verlinden, Julia, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	69
Seitz, Thomas (AfD)	42	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	32, 33
Skudelny, Judith (FDP)	14, 15		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	8
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	12
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	24
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	24
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	25

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit**

1. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Welche Kosten entstehen nach Kenntnis der Bundesregierung dem Bundeshaushalt durch die Gruppenausstellung „Zero Waste“, die durch das Umweltbundesamt realisiert wird (www.umweltbundesamt.de)?
2. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Wann wird nach Einschätzung der Bundesregierung voraussichtlich das Endlager für radioaktiven Abfall in Deutschland errichtet und in Betrieb genommen, für welches gemäß § 1 Absatz 5 Satz 2 des Standortauswahlgesetzes die Festlegung des Standortes für das Jahr 2031 angestrebt wird?
3. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Beruht nach Kenntnis der Bundesregierung die Auswahl von vier möglichen Endlagerstandorten in der Tschechischen Republik – zwei davon 50 bis 60 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt – unter dem Einsatz eines beratenden Expertengremiums der Behörde für die Endlagerung radioaktiver Abfälle (RAWRA – Radioactive Waste Repository Authority) auf einem in Tschechien gesetzlich verankerten Prozess (ggf. bitte unter Angabe der Gesetzesgrundlage – vgl. www.novinky.cz/domaci/clanek/vyber-lokalit-pro-jaderne-uloziste-se-zuzil-na-ctyri-mista-40326482), und hat die Bundesregierung die Einbindung der deutschen Öffentlichkeit am Auswahlverfahren mittels einer grenzüberschreitenden Konsultation gefordert (z. B. im Rahmen der deutsch-tschechischen Kommission [DTK], www.bmu.de/themen/atomenergie-strahlenschutz/nukleare-sicherheit/internationales/bilaterale-zusammenarbeit/)?
4. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD) Welche Gründe sieht die Bundesregierung für eine Ausschreibung zur „Rahmenvereinbarung zur Betreuung und Weiterentwicklung der Online-Angebote des BMU“, und welche Eigenleistungen erbringt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit im digitalen Bereich, wenn strategische Planung, innovative Entwicklung der Internetseiten, Redaktion, Inhaltspflege, Bildbearbeitung, Umsetzung, sichere Bereitstellung, stetiger Betrieb sowie alle damit verbundenen Dienstleistungsaufgaben gesamtverantwortlich an Dienstleister vergeben werden (www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?3&id=326576)?

5. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Sorge des Hauptverbandes der deutschen Bauindustrie und dem Zentralverband Deutsches Baugewerbe im Hinblick auf die Mantelverordnung für Ersatzbaustoffe und Bodenschutz und den erwarteten negativen Auswirkungen auf das praktische Baugeschehen, eine Steigerung der Baukosten und einem höheren Bedarf an Deponiekapazitäten (www.euwid-recycling.de/news/politik/einzelansicht/Artikel/bmu-draengt-auf-beratung-der-mantelv-im-bundesrat.html)?
6. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Auf der Grundlage welcher veröffentlichten Daten und Erhebungen neben der Krefelder Studie zum Insektensterben stützt die Bundesregierung das angekündigte Insektenschutzgesetz (www.top-agrar.com/management-und-politik/news/2-runde-r-tisch-insektenschutz-jeder-muss-seinen-beitrag-leisten-12096396.html)?
7. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie weit ist die Evaluation des Umweltbundesamtes der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Luftqualität in deutschen Städten vorangeschritten, und hält die Bundesregierung Fahrverbote vor dem Hintergrund der in vielen Städten konstanten NO_x-Belastung in den vergangenen Monaten nach wie vor für ein verhältnismäßiges Mittel zur Reduzierung der NO_x-Belastung?
8. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Welche weiteren Projekte plant die Bundesregierung, aus der Internationalen Klimaschutzinitiative bis zum Ende der 19. Wahlperiode in welchem Zeitrahmen zu finanzieren?
9. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Wie definiert die Bundesregierung die in § 45 Absatz 7 Satz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes genannten ernststen land-, forst-, fischerei- oder wasserwirtschaftlichen Schäden in Zusammenhang mit dem Wolf?
10. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass das Europäische Klimaschutzgesetz im Rahmen der Deutschen EU-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2020 (www.bmu.de/themen/klima-energie/klimaschutz/eu-klimapolitik/) nicht zum Verhandlungsabschluss und zur legislativen Umsetzung kommt?

11. Abgeordneter
Karlheinz Busen
(FDP)
- Auf welche Art und Weise möchte die Bundesregierung eine Vergütung der Speicherung von CO₂ in Wäldern vor dem Hintergrund schaffen, dass zukünftig weitere Waldflächen zur Erreichung des 5-Prozent-Ziels an natürlicher Waldentwicklung in eine Stilllegung überführt werden und damit als effektive Speicher für CO₂ nicht zur Verfügung stehen?
12. Abgeordneter
Dr. Lukas Köhler
(FDP)
- Welche regulatorischen Rahmenbedingungen müssen nach Kenntnis des Bundesumweltministeriums angepasst werden, um die für den in der Wasserstoffstrategie der Bundesregierung vorgesehenen blauen Wasserstoff notwendige CO₂-Speicherung zu ermöglichen, und wie weit ist der aktuelle Stand beim im Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung angekündigten „Dialogprozess mit relevanten Stakeholdern“ zur CO₂-Speicherung mittels CCS-Technologien?
13. Abgeordneter
Dr. Lukas Köhler
(FDP)
- Welche Maßnahmen (bspw. Sanktionen) ergreift die Bundesregierung bzw. das Umweltbundesamt bei Emittenten von Treibhausgasen nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz in der Festpreis-Phase, wenn die in § 4 festgelegten jährlichen Emissionsmengen überschritten werden und die in § 5 vorgesehene Nutzung von Flexibilisierungsmöglichkeiten nach der EU-Lastenteilungsverordnung bereits vollständig ausgeschöpft ist, sodass die Abgabepflicht faktisch nicht erfüllt werden kann, und nach welchem Prinzip werden die nur begrenzt zur Verfügung stehenden Emissionsberechtigungen bis 2026 vergeben, falls die Nachfrage das Angebot übersteigt, da eine marktwirtschaftliche Vergabe nach der Höhe der Zahlungsbereitschaft ausgeschlossen ist?
14. Abgeordnete
Judith Skudelny
(FDP)
- Wird es nach Meinung der Bundesregierung aufgrund der Änderungen der Altöl-Verordnung Entsorgungsengpässe und Preissteigerungen sowie einer damit verbundenen Zunahme der illegalen Entsorgung von Altöl kommen, und wenn nein, warum nicht?
15. Abgeordnete
Judith Skudelny
(FDP)
- In welchen Ländern der EU gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung noch kein Deponierungsverbot von Siedlungsabfällen, und wird sich die Bundesregierung im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft für ein EU-weites Deponierungsverbot von Siedlungsabfällen stark machen?

16. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Anpassungen hält die Bundesumweltministerin Svenja Schulze im Bereich der Fleischindustrie für notwendig, wenn sie davon spricht, dass die EU-Klimaziele von 40 auf 50 oder 55 Prozent bis 2030 angehoben werden sollen (vgl. www.faz.net/aktuell/politik/inland/erderwaer-mung-schulze-will-hoeheres-eu-klimaziel-noch-in-diesem-jahr-16828653.html), und kann dies nach Ansicht der Bundesregierung ohne Reduktion der Tierzahlen erreicht werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

17. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche sind im kommenden halben Jahr auf EU-Ebene die bereits anvisierten Termine unter Beteiligung der Bundesregierung, auf denen (auch) die EU-Finanzmittel für das Kernfusionsprojekt ITER in den kommenden Jahren diskutiert bzw. beraten werden (bitte vollständige Auflistung mit jeweiligem Datum und Verhandlungsziel), und welche Ergebnisse wurden im Rahmen der letzten Sitzungen auf EU-Ebene seit einschließlich Dezember 2019 zu diesem Thema schon erreicht (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 65 auf Plenarprotokoll 19/133)?
18. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Programmen bzw. Maßnahmen fördert die Bundesregierung (Anti-)Rassismusforschung (unter Angabe der explizit hierfür vorgesehenen Mittel), und plant sie, in diesem Themenfeld Projekte vergleichbar zu den Forschungsverbänden im Bereich Antisemitismus (www.bmbf.de/de/karliczek-wir-staerken-die-antisemitismusforschung-11314.html) auf den Weg zu bringen?
19. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung im Rahmen der Kultusministerkonferenz den Umgang mit den Themen Kolonialismus, Antirassismus, Antiziganismus und der deutschen Geschichte als Einwanderungsland zu thematisieren, und welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung hierfür bereits ergriffen?

20. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung, dass es im gesamten Monat Mai 2020 rund 8.100 Anträge auf einen KfW-Studienkredit gab (2.864 bewilligt, 5.344 in Bearbeitung, siehe Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Corona-Nothilfe für Studierende“ auf Bundestagsdrucksache 19/19920), während es allein in den ersten sieben Tagen nach Freischalten des Onlineportals rund 54.000 Anträge auf einen Zuschuss aus der Überbrückungshilfe gab?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

21. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Zu welchen Erkenntnissen ist die Bundesregierung inzwischen in Bezug auf die Fortsetzung von entwicklungspolitischen Projekten Deutschlands und der EU in Gebieten Palästinas gekommen, die aufgrund der Annexionspläne der israelischen Regierung akut in ihrer Existenz bedroht sind, und in welcher Form wird den Partnern vor Ort Sicherheit über die Fortsetzung gegeben (siehe Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 120 auf Bundestagsdrucksache 19/19651)?
22. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit wurde die Bundesregierung als Mitglied im Board der Impfallianz Gavi über das Vorgehen und den Inhalt der Abkommen der COVAX-Facility und dem COVAX AMC unterrichtet, und welche Schritte sind, nach Meinung der Bundesregierung, notwendig, um einen gleichberechtigten Zugang zu einem künftigen COVID-19-Impfstoff sicherzustellen („Vaccination and medication have to become available to all mankind. Future vaccines against Covid should be seen as a global public good.“, Bundesgesundheitsminister Spahn, 18. Mai 2020, www.youtube.com/watch?v=RrQitll-91U&feature=youtu.be)?
23. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Welche Auswirkungen auf den Umwelt- und Klimaschutz in Brasilien erwartet die Bundesregierung durch die Einberufung des Amazonasrates unter Leitung des Vizepräsidenten Hamilton Mourão (www.t-online.de/nachrichten/ausland/id_87197508/brasilien-bolsonaro-will-amazonasrat-einrichten.html), und sind diese Maßnahmen aus Sicht der Bundesregierung ausreichend, um Waldschutzprojekte in Brasilien durch die Internationale Klimaschutzinitiative der Bundesregierung fördern zu lassen?

24. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern wurden nach Kenntnis der Bundesregierung für den geplanten Verkauf der Anteile von Feronia Inc. an ihrem, von der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft DEG unterstützten, kongolesischen Tochterunternehmen Plantations et Huilleries du Congo (PHC) bzw. der Umstrukturierung unter Verwaltung eines Private Equity Fonds (www.feronia.com/news/view/feronia-inc-reports-2019-financial-results;-announces-short-term-debt-financing-proposed-restructuring-and-director-changes) Alternativen diskutiert, wie zum Beispiel genossenschaftliche oder gemeindebasierte Modelle durch die Übertragung der durch die DEG und anderen Entwicklungsbanken als Sicherheit gehaltenen Landtitel auf die ansässigen Gemeinden, die, meines Wissens nach, derzeit aufgrund der häufig ausbleibenden Lohnzahlungen durch Feronia zeitweise bereits selbstorganisierte Bewirtschaftung und Palmölverarbeitung praktizieren und im laufenden Beschwerdeprozess ohnehin Rechtsanspruch auf die Konzessionstitel erheben, und welche entwicklungspolitischen Kriterien sprechen nach Ansicht der Bundesregierung gegen ein solches Modell?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

25. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Unter welchen Voraussetzungen und in welcher Höhe können die vom Deutschen Bundestag im Rahmen der Haushaltsberatungen Ende 2016 beschlossenen Mittel für den Neubau und die Modernisierung des Karl-May-Museums Radebeul noch abgerufen werden, und welche Sammlungs- und Museumskonzeption liegt dieser Forderung zugrunde?
26. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Für welche Vereinbarungen zum gerechten Zugang zu Impfstoffen, Medikamenten und Diagnostika gegen COVID-19 hat sich die Bundesregierung beim Gipfel der EU-Kommission am 27. Juni 2020 eingesetzt, und welche konkreten Vereinbarungen wurden diesbezüglich zwischen den teilnehmenden Partnerinnen und Partnern im Rahmen des Gipfels beschlossen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

27. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- Welche Auswirkungen haben die Probleme bei der Wirecard AG nach Kenntnis der Bundesregierung auf das Kreditportfolio der Commerzbank AG, an welchem der Staat eine Beteiligung hält?
28. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- Wann haben sich welche Staatsbedienstete (Bundesministerinnen und Bundesminister, Staatssekretäre) nach Kenntnis der Bundesregierung mit Vertreterinnen und Vertretern der Wirecard AG seit 2017 ausgetauscht (bitte Gespräche und Treffen nach Gesprächspartner und Zeitpunkt auf Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse sowie vorhandener Unterlagen auflisten)?
29. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Schließt die Bundesregierung nach dem Skandal um die Wirecard AG (www.tagesschau.de/faktenfinder/inland/wirecard-129.html <www.tagesschau.de/faktenfinder/inland/wirecard-129.html>) aus, dass auch andere in den letzten Jahren in den DAX 30 aufgenommene Unternehmen (wie zum Beispiel die Deutsche Wohnen und Vonovia SE) von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) „nicht effektiv genug“ geprüft worden sind (so BaFin-Chef Felix Hufeld, zitiert laut taz vom 24. Juni 2020, siehe unten), und an wie viele Tagen denkt die Bundesregierung bei der Ankündigung von Bundesfinanzminister Olaf Scholz, dass diese Fehler bei der BaFin „schleunigst identifiziert und abgestellt werden“ sollen (<https://taz.de/Wirecard-Chef-festgenommen/!5696823&s=ulrike+herrmann/>)?
30. Abgeordneter
Frank Schäffler
(FDP)
- Wann wurde die Bundesregierung bzw. die BaFin erstmals über Bilanzunregelmäßigkeiten bei der Wirecard AG informiert, und welche Maßnahmen hat sie infolgedessen ergriffen?
31. Abgeordneter
Frank Schäffler
(FDP)
- Welche strukturellen Veränderungen sind seitens der Bundesregierung bei der BaFin im Zuge der Wirecard-Vorkommnisse geplant?

32. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung bislang die Gesamtsumme der – bis 1.500 Euro steuerfrei gestellten – Beihilfen und Unterstützungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie (im Sinne des Schreibens des Bundesministeriums der Finanzen vom 9. April 2020 und der Richtlinie R 3.11 Absatz 2 Satz 1 der Lohnsteuer-Richtlinien), die bislang an abhängig Beschäftigte insgesamt, insgesamt steuerfrei, durchschnittlich pro Kopf und durchschnittlich pro Kopf steuerfrei jeweils branchenübergreifend sowie in den Wirtschaftszweigen (alle nach KldW 2008, hilfsweise bitte die nächsthöhere verfügbare Gliederungsebene nennen; 10 Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln, 47 Einzelhandel [ohne Handel mit Kraftfahrzeugen], 53 Post-, Kurier- und Expressdienste, 81.2 Reinigung von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln, 86 Gesundheitswesen und 87 Heime [ohne Erholungs- und Ferienheime]) ausgezahlt wurden?
33. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die bislang branchenübergreifend sowie jeweils in den in Frage 28 genannten Wirtschaftszweigen Beihilfen und Unterstützungen im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie (im Sinne des Schreibens des Bundesministeriums der Finanzen vom 9. April 2020 und der Richtlinie R 3.11 Absatz 2 Satz 1 der Lohnsteuer-Richtlinien) erhalten haben, und wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die durchschnittliche Gesamtsumme pro Kopf solcher Beihilfen und Unterstützungen, die bislang an abhängig Beschäftigte bei jedem der sechs größten Einzelhandelsunternehmen sowie jeweils (einzeln) bei den drei größten Unternehmen der anderen in Frage 28 genannten Wirtschaftszweige gezahlt wurden?
34. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Hat der Deutsche Reisepreis-Sicherungsverein (DRS) den von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) angemahnten Schutz seiner Kundengelder bis zum 28. April 2020 sichergestellt, und wie ordnet die BaFin die Insolvenzabsicherung von TUI durch den DRS (vgl. Handelsblatt, „Frist der Bafin bringt Tui in Bedrängnis“ vom 26. März 2020; abrufbar unter: www.handelsblatt.com/unternehmen/dienstleister/reisekonzern-frist-der-bafin-bringt-tui-in-bedraen-gnis/25681000.html) ein?

35. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Beschwerden von Verbraucherinnen und Verbrauchern sind in der erfassten Fallgruppe „Zinsanpassung bei Prämienparverträgen“ seit 2018 bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) eingegangen (ggf. nach Quartal aufschlüsseln), und welche Gründe führten schwerpunktmäßig dazu, dass meines Wissens nach der Großteil der Beschwerden abgewiesen wurde?
36. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung angesichts der durch unwirksame Zinsanpassungsklauseln entstandenen Rechtslücke in Prämienparverträgen die Möglichkeit, dass zukünftig eine standardisierte und zertifizierte Software für die Zinsberechnung eingesetzt wird, um eine ordnungsgemäße Zinsberechnung bei vergleichbaren Massenverträgen, aber auch bei anderen, in der Vergangenheit falsch berechneten Zinsen zu gewährleisten und so eine Vielzahl an Individualklagen von Verbraucherinnen und Verbrauchern abzuwenden, und könnte die BaFin auf der Rechtsgrundlage von § 6 Absatz 2 des Kreditwesengesetzes mit der Zertifizierung und Anpassung einer solchen Software beauftragt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

37. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Welche Aktivitäten gab es nach Kenntnis der Bundesregierung durch die Organisatoren der European Championships 2022 in München, um neben den Europameisterschaften in nunmehr neun Sportarten auch einen paralympischen Wettbewerb ins Programm aufzunehmen, und in welcher Weise hat das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat dieses auch vom Sportausschuss des Deutschen Bundestages in seiner Sitzung vom 12. Februar 2020 ausdrücklich gewünschte Anliegen unterstützt?
38. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Welche Planungen gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen der Europäischen Woche des Sports vom 23. bis 30. September 2020 in Deutschland, und in welcher Weise unterstützt der Bund, auch im Zusammenhang mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, dieses Vorhaben?

39. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- In welchem Verhältnis stehen die Fälle, in denen das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat in der aktuellen Wahlperiode vor einer teilweisen oder gänzlichen Auskunftsverweigerung zu parlamentarischen Initiativen unter Berufung auf die „Third-Party-Rule“ vorher eine Freigabeanfrage an die betreffenden ausländischen Partner gerichtet bzw. nach einer selbst vorgenommenen Abwägung darauf verzichtet hat (Bundestagsdrucksache 19/19426, Antwort zu Frage 11; vgl. Beschluss des BVerfG vom 13. Oktober 2016 – 2 BvE 2/15, sofern die Freigabeanfragen wegen ihrer Anzahl oder mangels Statistiken nicht ermittelbar sind, bitte nur für meine eigenen parlamentarischen Initiativen angeben), und nach welchen Kriterien gelangt das Ministerium zu einer „begründete[n] Annahme“, dass eine solche Freigabeanfrage von den Partnern vermutlich abgelehnt würde, sodass von vornherein darauf verzichtet wird?
40. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, grundsätzlich bzw. im Rahmen eines Baulandmobilisierungsgesetzes die Einführung eines kommunalen Instruments zum Planwertausgleich zu ermöglichen, und wenn nein, warum nicht?
41. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen mit Blick auf Flächenverbrauch und Umweltschutz zieht die Bundesregierung aus der Klarstellung des Umweltbundesamtes, dass der § 13b des Baugesetzbuches (BauGB) „Bemühungen zur Innenentwicklung und Revitalisierung von Ortskernen entgegengewirkt“ (www.umweltbundesamt.de/daten/flaeche-bodenland-oekosysteme/flaeche/siedlungs-verkehrsflaeche#zukunfftige-entwicklung) und der Tatsache, dass in nach § 13b ausgewiesenen Plangebieten weit überwiegend Ein- und Zweifamilienhäuser realisiert wurden (vgl. Antwort auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/14366) mit Blick auf eine Novellierung des Baugesetzbuches?
42. Abgeordneter
Thomas Seitz
(AfD)
- Hat nach Auffassung der Bundesregierung ein etwaiges „Unverständnis bei Politik, Medien und Öffentlichkeit“ Einfluss auf die Entscheidung darüber, ob Organisationen im Verfassungsschutzbericht genannt werden, und wenn ja, welchen (www.rnd.de/politik/verfassungsschutz-bericht-seehofer-ministerium-wollte-keine-afd-nennung-HPKOSPLCHJCQBDOWIX45E2L5AE.html)?

43. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Auf welchen Beweggründen beruhte die Absage der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2019 durch den Bundesinnenminister Horst Seehofer und spielte bei den vorgehenden Erwägungen eine Rolle, dass eine weitere Verletzung der Neutralitätspflicht (vgl. zuvor bereits BVerfG, Urteil des Zweiten Senats vom 9. Juni 2020, Az. 2 BvE 1/19, Rn. 1 – 97) als Ausfluss der grundgesetzlich geschützten Chancengleichheit der Parteien im Zuständigkeitsbereich des Bundesinnenministeriums hierdurch unterbunden werden sollte, weil das Bundesamt für Verfassungsschutz als eine weisungsgebundene Behörde eine Beobachtung von Oppositionsparteien nach eigenen Angaben am Verständnis „der Politik, Medien und Öffentlichkeit“ festmacht (vgl. nur Redaktionsnetzwerk Deutschland vom 25. Juni 2020, <https://rnd.de/politik/verfassungsschutz-bericht-seehofer-ministerium-wollte-keine-afd-nennung-HPKOSPLCHJJCQBDOWIX45E2L5AE.html>, abg. am 25. Juni 2020)?
44. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Wie definiert die Bundesregierung für sich die sogenannte Integrationsverantwortung in Angelegenheiten der EU des Deutschen Bundestages, insbesondere welche Schwerpunkte legt sie im Hinblick auf das Spannungsfeld der umfassenden Geltung des Grundgesetzes und der Abgabe von Hoheitsrechten an die Europäische Union (vgl. zuletzt dazu nur BVerfG, Beschluss vom 18. Juli 2017, Az. 2 BvR 859/15, 2 BvR 980/16, 2 BvR 2006/15, 2 BvR 1651/15)?
45. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie stellt die Bundesregierung beim Vollzug des Infektionsschutzgesetzes des Bundes durch die Länder sicher, dass quarantänepflichtige Personen oder solche aus ausländischen oder innerdeutschen COVID-19-Risikogebieten bzw. mit vielen dort schon erkannten Infizierten weder dort aus-, jedenfalls nicht unbekannt sowie ungetestet über Kreis-/Landes-/Bundesgrenzen hinweg in andere deutsche Regionen bzw. nach Deutschland ein- bzw. zurückreisen können (siehe www.bz-berlin.de/berlin/umland/reisende-sollen-in-quarantaen-e-aber-keiner-kuemmert-sich), und wie wird die Bundesregierung dieses Ziel – vor allem angesichts beginnender Urlaubszeit sowie fehlenden Personals bei den Gesundheitsämtern – nun umgehend umsetzen helfen?

46. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung die Asylverfahren von Menschen übernehmen, die nach bisheriger Ansicht des Bundesinnenministeriums entsprechend der Dublin-III-Verordnung nach Italien überstellt werden sollen (Bundestagsdrucksache 19/19669) vor dem Hintergrund, dass meines Wissens die italienische Regierung Asylbewerberinnen und Asylbewerber, deren Überstellungsfrist Deutschland aufgrund der Corona-Pandemie als einziger Mitgliedstaat der EU „eingefroren“ hatte, nicht übernehmen wird und bilaterale Verhandlungen mit Italien über den Umgang mit Dublin-Überstellungen bisher nicht aufgenommen wurden, und wenn nein, wie wird die Bundesregierung stattdessen baldige Rechtssicherheit für diese Asylsuchenden schaffen?
47. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Welche Bundesländer haben zu welchem Zeitpunkt eine Landesaufnahmeanordnung, entsprechend § 23 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes, mit der Bitte um Erteilung das Einvernehmen an das Bundesinnenministerium gerichtet?
48. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Welche Bundesländer haben, im Rahmen der Abfrage nach der Innenministerkonferenz, die vor dem Hintergrund der Aufnahme von Geflüchteten aus Griechenland gemacht wurde, wie viele Plätze für die Aufnahme aus Griechenland angeboten?
49. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Zur Ausstellung welcher Identitätsdokumente bei iranischen Auslandsvertretungen müssen Schutzsuchende aus dem Iran nach Kenntnis der Bundesregierung eine Religionszugehörigkeit angeben, und inwiefern ist es vor diesem Hintergrund nach Auffassung der Bundesregierung für Schutzsuchende Konvertiten oder Angehörige nicht anerkannter religiöser Minderheiten, wie den Bahai, zumutbar, sie im Rahmen der Mitwirkungspflicht zu zwingen, bei iranischen Vertretungen Identitätsdokumente zu beantragen, insbesondere, da sie ein falsches Religionsbekenntnis angeben müssen, da nur offiziell anerkannte Religionen eingetragen werden können (www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/kofler-bahai/2298380)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

50. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- Inwiefern lässt sich die Bundesregierung im Rahmen der am 1. Juli 2020 beginnenden EU-Ratspräsidentschaft welche geplanten Veranstaltungen durch welche Unternehmen sponsern (www.asktheeu.org/en/request/7764/response/25479/attach/4/st05909.en20.pdf, S. 4)?
51. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die aktuelle politische Situation in Belarus vor dem Hintergrund der im August 2020 stattfindenden Präsidentschaftswahlen, und welche Auswirkungen werden die Repressionsmaßnahmen seitens Alexander Lukaschenko gegenüber potenziellen Präsidentschaftskandidatinnen und -kandidaten und Protestierenden auf die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Belarus haben (www.spiegel.de/politik/ausland/belarus-mehr-als-hundert-festnahmen-bei-oppositionsprotesten-a-82472332-9ce7-46a2-a372-84668d10018d)?
52. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene für eine Verschärfung der Sanktionen gegenüber Belarus einsetzen, und wenn nein, was wäre nach Ansicht der Bundesregierung die Voraussetzung für eine Verschärfung der bislang geltenden repressiven Maßnahmen (www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/02/17/belarus-eur-prolongs-arms-embargo-and-sanctions-against-4-individuals-for-one-year/)?
53. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Wie hat sich die Bundesregierung gegenüber der Regierung in Ankara zu dem Drohnenangriff verhalten, den das türkische Militär und/oder der türkische Geheimdienst am 23. Juni 2020 in der von der Türkei besetzten kurdischen Autonomieregion Rojava in Syrien durchgeführt haben und bei dem drei Frauen, darunter auch Politikerinnen, ermordet wurden („Turkey stammed for airstrike that killed three women in Syria“, Jerusalem Post vom 24. Juni 2020), und welche Schlussfolgerungen zieht sie auch hinsichtlich ihrer eigenen „Drohnen-debatte“ zur Beschaffung bewaffneter Bundeswehdrohnen aus dem Vorfall, der nach meiner Ansicht die Notwendigkeit einer internationalen Drohnenkonvention zur Ächtung dieser ferngesteuerten Waffen unterstreicht?

54. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Inwieweit wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass bei Einreisen aus Drittstaaten zum Zwecke der Familienzusammenführung immer von einem zwingenden Einreisegrund im Sinne der coronabedingten Maßnahmen auszugehen ist, wenn ein Rechtsanspruch besteht und entsprechende Gesundheitsgefährdungen durch Begleitmaßnahmen eingegrenzt werden können (z. B. Quarantänemaßnahmen, Vorlage eines Negativ-Tests; bitte mit Blick auf die hohe Bedeutung des Rechts auf Familienleben begründen), und wie ist der aktuelle Stand der regierungsinternen Beratungen und Vorbereitungen zur Wiederaufnahme entsprechender Visabearbeitungen und -erteilungen (bitte so ausführlich und differenziert wie möglich antworten; vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 31 auf Bundestagsdrucksache 19/19021 und Antworten der Bundesregierung auf die Schriftlichen Fragen 36 und 37 der Abgeordneten Katrin Göring-Eckardt auf Bundestagsdrucksache 19/19887, S. 22 f.)?
55. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit beabsichtigt die Bundesregierung, sich mit konkreten Schritten über die Pressemitteilung der Menschenrechtsbeauftragten Dr. Bärbel Kofler vom 27. Februar 2020 hinaus, für die Iraner Amir Hossein Moradi, Mohammad Rajabi und Saeed Tamjidi, deren Todesurteil wegen ihrer Teilnahme an den Protesten im Iran im November 2019 am 24. Juni 2020 in zweiter Instanz (<https://en.radiofarda.com/a/iran-supreme-court-upholds-death-sentence-for-three-young-protesters/30687890.html>) ohne ordnungsgemäßes Verfahren und Rechtsbeistand aufrechterhalten wurde, einzusetzen, und welche Konsequenzen zieht sie gegenüber der iranischen Regierung bei derartigen Menschenrechtsverletzungen?
56. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über das Ausmaß der Corona-Pandemie in Afghanistan, der starken Diskrepanz zwischen offiziellen Angaben und persönlichen Berichten (www.deutschlandfunk.de/corona-in-afghanistan-afghanen-in-deutschland-fordern.1773.de.html?dram:article_id=478562 und <https://tolonews.com/health/gravediggers-kabul-report-dozens-covid-19-deaths-day>), und inwieweit unterstützt sie Afghanistan bei der Bewältigung der Krise?

57. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung hinsichtlich der Einhaltung von Abstands- und Hygieneempfehlungen und über Anhaltspunkte für COVID-19-Virus-Ausbrüche in sogenannten Detention Centers in Libyen für Geflüchtete, und welche Maßnahmen erwägt die Bundesregierung, um die dort von dem COVID-19-Virus bedrohten Menschen zu evakuieren?
58. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Mit welchem Ergebnis – Anzahl der Kontaktaufnahmen zu Schiffen, Durchsuchungen von Schiffen unter welcher Flagge, verweigerte bzw. verhinderte Kontrollen von Schiffen durch wen – erfolgte nach Kenntnis der Bundesregierung bis dato die Überwachung des Waffenembargos gegen Libyen im Rahmen der durch die Europäische Union geführten militärischen Operation im Mittelmeer EUNAVFOR MED IRINI, bei der Schiffe, die verdächtigt werden, das Waffenembargo gegen Libyen zu verletzen, kontrolliert werden sollen, und inwieweit konnte nach Kenntnis der Bundesregierung überprüft werden, ob die Behauptungen der türkischen Marine, dass es sich bei der verhinderten Embargo-Kontrolle eines verdächtigten unter der Flagge Tansanias fahrenden Schiffes durch die türkische Marine, um einen durch die türkische Regierung gecharterten Frachter handelte, der tatsächlich (ausschließlich) medizinische Hilfsgüter für die libysche Bevölkerung transportierte (Plenarprotokoll 19/165, Frage 55)?

59. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung, mit welchen Mitteln der frühere Kommandeur der sogenannten Befreiungsarmee des Kosovo (UCK) und heutige kosovarische Präsident Hashim Thaci sowie der ehemalige kosovarische Parlamentspräsident und heutige Vorsitzende von Thacis PDK, Kadri Veseli, versucht haben, die Ermittlungen gegen sie und weitere acht Angeklagte wegen schwerer Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu behindern und zu unterlaufen, sodass der Sonderankläger des Kosovo-Gerichts den sehr ungewöhnlichen Schritt tat, die erste vorläufige Anklage zu veröffentlichen (dpa vom 24. Juni 2020), und inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche), ob die Veröffentlichung der Anklage im Zusammenhang mit dem für den 27. Juni 2020 geplanten Treffen des serbischen Ministerpräsidenten Aleksander Vučić mit Hashim Thaci und Kadri Veseli im Weißen Haus mit Beteiligung von US-Präsident Donald Trump steht, bei dem über ein Friedensabkommen zwischen Serbien und dem Kosovo unter Ausschluss der EU verhandelt werden soll, das einen Gebietsaustausch zwischen dem Kosovo und Serbien beinhalten soll, den die EU strikt ablehnt und somit nach meiner Auffassung die EU-Diplomatie unterläuft (dpa vom 25. Juni 2020)?
60. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Inwieweit ist es nach Auffassung der Bundesregierung ein vorbehaltloses Eintreten ihrerseits für die Verlängerung des New-Start-Vertrags zwischen Washington und Moskau (Jahresabrüstungsbericht 2019, Bundestagsdrucksache 19/19000, S. 18), wenn sich die Bundesregierung hinter die US-Forderung stellt, dass China an diesen Verhandlungen teilnehmen soll und ebenfalls für eine Erweiterung der Verhandlungen über nukleare Abrüstungen plädiert (Reuters vom 24. Juni 2020), und plädiert die Bundesregierung auch für die Erweiterung der Verhandlungen über nukleare Abrüstungen um NATO-Mitglieder (Frankreich und Großbritannien)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Energie**

61. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit ist die Bundesregierung mit der Compagne des Bauxites de Guinée (CBG) sowie DADCO Alumina & Chemicals bezüglich der Einhaltung ihrer menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten beim Aluminium-Abbau in Guinea Conakry in Kontakt, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Nichteinhaltung von IFC-Standards durch CBG für die von ihr gewährte Ungebundene Finanzkredit-Garantie für die Erweiterung der Sangaredi-Bauxit-Mine (www.inclusivedevelopment.net/wp-content/uploads/2020/06/Hamdallaye-English.pdf)?
62. Abgeordneter
Timon Gremmels
(SPD)
- Aus welchem Grund hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) bislang noch keinen Vorschlag zur Novellierung des Mieterstroms vorgelegt, obwohl Bundesminister Peter Altmaier dem Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages per Schreiben vom 25. Juni 2019 schriftlich zugesagt hat, „einen entsprechenden Vorschlag noch im Herbst 2019 vorlegen“ zu wollen?
63. Abgeordneter
Timon Gremmels
(SPD)
- Wann gedenkt das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, einen Vorschlag zur Novellierung des Mieterstroms vorzulegen?
64. Abgeordneter
Pascal Meiser
(DIE LINKE.)
- Wann wurde nach Kenntnis der Bundesregierung das durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) eingeleitete außenwirtschaftliche sektorübergreifende Investitionsprüfungsverfahren gegenüber dem US-amerikanischen Unternehmen Infinera Corporation hinsichtlich der Übernahme der Coriant GmbH & Co. KG abgeschlossen, und welche Konsequenzen ergaben sich daraus für diese Übernahme bzw. die beteiligten Unternehmen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 45 auf Bundestagsdrucksache 19/13176) sowie Ausschussdrucksache 19[9]351)?

65. Abgeordneter
Pascal Meiser
(DIE LINKE.)
- Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl der Unternehmen entwickelt, deren überwiegender Betriebszweck in der Förderung von Steinkohle, Braunkohle oder Eisenerz, in der Aufbereitung, Verkokung, Verschmelzung oder Brikettierung dieser Grundstoffe oder in der Herstellung von Walzwerkerzeugnissen einschließlich Walzdraht, Röhren, Walzen, rollendem Eisenbahnmaterial, Freiformschmiedestücken und Gießereierzeugnissen aus Eisen oder Stahl liegt und deren Betrieb unter der Aufsicht der Bergbehörden steht, und die zudem in Form einer Aktiengesellschaft oder einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung betrieben werden und in der Regel mehr als eintausend Arbeitnehmer beschäftigen, und wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl der in diesen Unternehmen und ihren untergeordneten Konzernunternehmen beschäftigten Mitarbeiter entwickelt (bitte aufschlüsseln für die Jahre 1957, 1962, 1967, 1972, 1977, 1982, 1987, 1992, 1997, 2002, 2007, 2012, 2017 und 2019)?
66. Abgeordneter
Mahmut Özdemir
(Duisburg)
(SPD)
- Wann und mit welchen Mitteln unterstützt die Bundesregierung unter Federführung des BMWi die deutsche Stahlindustrie auf ihrem Weg zu einer langfristig starken, international wettbewerbsfähigen Stahlindustrie, um sie vor massiven Überkapazitäten aus China zu schützen, die mit subventioniertem (www.welt.de/wirtschaft/article154748798/Die-Erbarmungslosigkeit-der-chinesischen-Stahlriesen.html) und unter fragwürdigen Umweltbedingungen (www.iaw.uni-bremen.de/ccm/cms-service/stream/asset/Hickel-Lage-der-Stahlindustrie.pdf?asset_id=6388036 und www.stahl-online.de/index.php/china-ueberpruefung-umweltschadlicher-stahlwerke/) hergestelltem Stahl in Konkurrenz zum deutschen Stahl treten?
67. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bis wann werden die von der Bundesregierung beauftragten Unternehmensgutachten eines Konsortiums aus unabhängigen Wirtschaftsprüfern von RWE und LEAG veröffentlicht (Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 69, Plenarprotokoll 19/165), und inwiefern flossen Erkenntnisse der Gutachten in die Verhandlungen mit den Braunkohlebetreibern in Hinblick auf den öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Reduzierung und Beendigung der Braunkohleverstromung in Deutschland (www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/M-O/oeffentlich-rechtlicher-vertrag-zur-reduzierung-und-beendigung-der-braunkohleverstromung-entwurf.pdf?__blob=publicationFile&v=4) ein?

68. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchem Umfang sollen nach Auffassung der Bundesregierung Mittel des von ihr vorgelegten Gesetzentwurfs eines Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen für nicht-investive Ausgaben verwendet werden, und mit welchen Prämissen hinsichtlich Verwendungszweck und Höhe der Mittel wird das Bundesmodellvorhaben „Unternehmen Revier“ weiterentwickelt?
69. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung ihren Beschluss des Klimaschutzplans 2050, in dem es heißt: „Um das Ziel eines nahezu klimaneutralen Gebäudebestandes bis 2050 zu erreichen, sind sowohl anspruchsvolle Neubaustandards, langfristige Sanierungsstrategien für den Gebäudebestand wie auch die schrittweise Abkehr von fossilen Heizungssystemen Voraussetzung“ (www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/klimaschutzplan_2050_bf.pdf) für kompatibel mit dem jetzt beschlossenen Gesetz zur Vereinheitlichung des Energieeinsparrechts für Gebäude (Bundestagsdrucksache 19/16716), obwohl darin nach meiner Auffassung ein in der Praxis längst überholter Neubaustandard für weitere drei Jahre festgeschrieben wird, und warum will die Bundesregierung die im Klimaschutzplan für notwendig erachtete „Abkehr von fossilen Heizungssystemen“ in Bezug auf besonders klimaschädliche Ölheizungen erst ab 2026 schrittweise einleiten, obwohl meines Erachtens auch hier längst Alternativen auf der Basis von Erneuerbaren Energien existieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

70. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- Setzt sich die Bundesregierung für die Umformulierung von Gesetzestexten ein bzw. denkt sie darüber nach, dies in Zukunft zu tun, um den Begriff Rasse zu eliminieren, von dem beispielsweise in § 3 des Asylgesetzes die Rede ist (www.gesetze-im-internet.de/asylvfg_1992/_3.html)?
71. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Wie viele Anträge auf Erstattung für Tickets annullierter Flüge wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im Zeitrahmen vom 1. März bis zum 15. Juni 2020 von deutschen Reisebüros, Reiseveranstaltern und Privatpersonen beantragt, und wie viele dieser Erstattungen wurden bereits ausbezahlt?

72. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter welcher Behörden sind im Auftrag des Generalbundesanwaltes mit Ermittlungen zum Anschlag auf das Oktoberfest in München 1980 betraut?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

73. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Zählt auch der Oberstleutnant beim Militärischen Abschirmdienst P. W., der 2019 vom Vorwurf freigesprochen wurde, Soldaten des Kommando Spezialkräfte vor Durchsuchungen gewarnt zu haben, zu den MAD-Mitarbeitern, die gegenwärtig im Verdacht stehen, Geheimnisse an Soldaten des KSK verraten zu haben (<https://taz.de/MAD-Prozess-in-Koeln/!5581449/> & www.zeit.de/politik/deutschland/2020-06/bundeswehr-mad-mitarbeiter-k-sk-geheimnisverrat)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

74. Abgeordneter
Karlheinz Busen
(FDP)
- Inwieweit setzt sich die Bundesregierung dafür ein, die Anwendung forstlicher Pflanzenschutzmittel zur Bekämpfung von Schädlingen in den Wäldern zu vereinfachen und die Auflagen im Rahmen der Zulassungen nach dem Pflanzenschutzgesetz an die aktuellen Schadschwellen in den Wäldern anzupassen vor dem Hintergrund, dass derzeit ein hoher Schädlingsdruck in den Wäldern herrscht und wertvolle Waldsubstanz durch den gezielten Einsatz von Pflanzenschutz effektiv erhalten werden kann?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

75. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe plant die Bundesregierung, Haushaltsmittel für die Umsetzung einer Nationalen Demenzstrategie vorzusehen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

76. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch sind die Eigenanteile der pflegebedürftigen Menschen in stationären Pflegeeinrichtungen (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
77. Abgeordneter
Dr. Andrew Ullmann
(FDP)
- Welche langfristige Strategie verfolgt die Bundesregierung bei der finanziellen Förderung des öffentlichen Gesundheitsdienstes aus Bundesmitteln, und wird diese Strategie schriftlich festgehalten?
78. Abgeordneter
Dr. Andrew Ullmann
(FDP)
- Welche geplanten Initiativen zur Reform des WHO-Gesundheits-Notfall-Programms, die Bundesgesundheitsminister Jens Spahn in seinem Statement in der Pressekonferenz zum Treffen mit Gesundheitsminister Olivier Veran und WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus am 25. Juni 2020 erwähnt hatte, wurden besprochen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr
und digitale Infrastruktur**

79. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Stundensätze vereinbarte die Bundesregierung bei von ihr im Zusammenhang mit der Errichtung der Autobahn GmbH und der entsprechenden Reform der Auftragsverwaltung abgeschlossenen Verträge für externe Beratungs- und/oder Unterstützungsleistungen (bitte für die Stufen Praktikant, Juniorberater, Berater, Seniorberater, Geschäftsführer/Inhaber differenziert eine Bandbreite von in verschiedenen Verträgen vertraglich vereinbarten Tagessätzen in Euro angeben und darauf verzichten, die Tagessätze einzelnen geschlossenen Verträgen zuzuordnen)?
80. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die durchschnittliche technische Nutzungsdauer der Infrastrukturen der DB AG in den Jahren 2020 bis 2030 jeweils erreicht sein (bitte nach Gewerken differenzieren), und wie viele Kilometer der Kabelanlagen der DB AG haben schon jetzt (Stand: Juni 2020) ihre durchschnittliche technische Nutzungsdauer erreicht?
81. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie viele Mobilfunkmasten sind nach Kenntnis der Bundesregierung gegenwärtig in den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in Betrieb, und wie viele Mobilfunkmasten sind in diesen Ländern in den vergangenen acht Jahren jeweils jährlich neu in Betrieb genommen worden (bitte jeweils nach Land aufschlüsseln)?
82. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen sprachen sich nach meiner Kenntnis die Vertreterinnen und Vertreter des Bundesfinanzministeriums in der gemeinsamen Sitzung des Bundesfinanzministeriums und des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur am 22. Juni 2020 gegen das sogenannte Handwerkerprogramm zur kurzfristigen Sanierung von Bahnhöfen als Bestandteil der Umsetzung der Beschlüsse des Koalitionsausschusses vom 3. Juni 2020 (Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket) im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur aus, und wann entscheidet die Bundesregierung über die Umsetzung dieses „Handwerkerprogrammes“?

83. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich der Anteil junger Menschen, die einen Pkw angemeldet haben, seit dem Jahr 2011 bis einschließlich dem Jahr 2019 verändert (Pkw-Anmeldungen im Verhältnis zur jeweiligen Bevölkerung der bis 25-Jährigen in Deutschland; die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 21. Juli 2019 berichtete unter Berufung auf das Kraftfahrt-Bundesamt, der Anteil der bis 25-Jährigen in Deutschland, die einen Pkw angemeldet haben, sei seit dem Jahr 2011 von 56 auf 40 Prozent im Jahr 2016 gefallen), und welche Daten aus anderen Quellen, in denen der Anteil junger Menschen in Deutschland, die den Führerschein (Pkw, Motorrad) erworben haben, sind der Bundesregierung bekannt?
84. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- In welchem Zeitraum wurden die Leistungen der Subunternehmer, die in der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 177 auf Bundestagsdrucksache 19/19887 genannt wurden, erbracht, und welche Kosten sind der Toll Collect GmbH dabei jeweils entstanden?
85. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Welche Beratungsleistungen für die Infrastrukturabgabe wurden bei der Toll Collect GmbH seit der interimswweisen Übernahme durch den Bund am 1. September 2018 bis zum 17. Mai 2019 in Anspruch genommen, und in welchem Zeitraum wurden diese erbracht (bitte tabellarisch aufschlüsseln)?
86. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gibt es Ausschreibungen (Verträge o. Ä.) aus dem Bundesverkehrsministerium, an denen Augustus Intelligence beteiligt ist bzw. war, und welche konkreten Ziele verfolgt bzw. verfolgte die Zusammenarbeit?
87. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten inhaltlichen Änderungen plant die Bundesregierung bei der vom Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer angekündigten neuerlichen Novelle der Straßenverkehrsordnung (vgl. www.tagesspiegel.de/gesellschaft/panorama/nach-protesten-von-autofahrern-scheuer-will-neu-e-regeln-zu-fahrverboten-wieder-aendern/25833564.html), und wann wird die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung (VwV-StVO) veröffentlicht?

